



Interviews

Nach den Regierungsgesprächen in Meseberg

Jens Spahn, CDU, stellvertretender Fraktionsvorsitzender, im Gespräch mit Maria Grunwald

"Informationen am Morgen", 31.8.2023, 7:15 Uhr

Maria Grunwald: Das Bürgergeld soll 2024 erhöht werden, haben wir gerade gehört, und wir haben auch gehört, gerade Politiker aus der Union halten das für falsch. Dazu begrüße ich jetzt Jens Spahn, der das auch gesagt hat. Er ist stellvertretender Unions-Fraktionsvorsitzender, Wirtschaftspolitiker und Mitglied im CDU-Präsidium. Guten Morgen, Herr Spahn.

Jens Spahn: Schönen guten Morgen, Frau Grunwald.

Grunwald: Herr Spahn, die geplante Erhöhung des Bürgergeldes ist das falsche Signal. Das sind Ihre Worte, dicht gefolgt von Ihrer Forderung nach mehr Strafen für arbeitsunwillige Erwerbslose. Welches Menschenbild steckt denn hinter solchen Aussagen?

Spahn: Dahinter steckt ein einfaches Menschenbild, ein einfaches Prinzip. Wer arbeiten kann, sollte arbeiten. Mir ist wichtig in der Debatte, Frau Grunwald, hier geht es um Erwerbsfähige. Das Bürgergeld für alle zu erhöhen, auch für die potenziell Erwerbsfähigen, das halte ich für das falsche Signal. Menschen, die pflegebedürftig sind, die eine Erkrankung haben, die aus unterschiedlichen Gründen nicht erwerbsfähig sind, das ist nicht der Punkt. Aber wir haben hunderttausende erwerbsfähige Sozialleistungsbezieher in Deutschland. Wir haben gleichzeitig zwei Millionen offene Stellen. Bei mir daheim im Münsterland in den Dörfern machen die Kneipen zu, nicht, weil keiner mehr kommt, sondern weil sie kein Personal finden. Wir haben auf allen Qualifikationsstufen offene Stellen und mein Menschenbild ist eines, dass wer für sich selbst sorgen könnte, weil auch Arbeit angeboten wird, weil Qualifizierung angeboten wird, weil ein Deutschkurs angeboten wird, und dann solche

Angebote nicht annimmt, ja, dass das dann auch Konsequenzen hat, weil anders herum die, die morgens aufstehen, das Ganze auch finanzieren.

Grunwald: Der soll dann auch arbeiten. – Aber aus der Kombination Ihrer Worte, falsches Signal und der Forderung nach mehr Strafen für arbeitsunwillige Erwerbslose, lässt sich ja herauslesen, dass Sie von Missbrauch ausgehen. Wieviel Prozent der Bürgergeldempfänger halten Sie denn für faul?

Spahn: Das sind jetzt lauter Worte, Frau Grunwald – ich weiß nicht, ob Sie es merken -, die Sie mir in den Mund legen. Ich habe weder das Wort „Strafe“ benutzt, noch habe ich das Wort „faul“ benutzt, noch irgendwas mit Hängematte oder sonst was. Das sind jetzt alles Ihre Worte, Ihre Zuschreibungen. Ich habe nur was anderes gesagt. Es ist eine Frage von Respekt vor Leistung gegenüber den 45 Millionen Erwerbstätigen in Deutschland, die Steuern, die Abgaben zahlen, die den Laden am Laufen halten, dass diejenigen, die arbeiten könnten, Angebote auch annehmen.

Wir reden hier übrigens nicht über 55jährige. Wir haben 2,4 Millionen Menschen in Deutschland, 18- bis 34jährige, die keinen Berufsabschluss haben. Wir haben Hunderttausende unter 25jährige, die nicht in Beschäftigung sind. Das sind junge Männer meistens, auch junge Frauen zum Teil, die gesundheitlich in aller Regel fit sind, die arbeiten könnten. Und ja, da, finde ich, darf eine Gesellschaft sagen, wenn ein Job angeboten wird, wenn ein Deutschkurs angeboten wird, wenn das ein Hindernis ist für die Vermittlung, dass man erst mal die Sprache nicht kann, dass man dann solche Angebote auch annehmen muss. Und wer das zwei-, dreimal nicht macht, ja, der muss auch tatsächlich spürbarer als bisher Konsequenzen tragen. Aber das ist eine etwas andere Herangehensweise und übrigens auch eine andere Sprache, als Sie mir die in den Mund legen.

Grunwald: Ich habe sie Ihnen nicht in den Mund gelegt; Ich habe gesagt, daraus lässt sich herauslesen, und dann habe ich die Frage nach „faul“ gestellt. Ich frage es jetzt noch mal anders: Sie halten nicht die Bürgergeldempfänger zum Großteil für faul?

Spahn: Das ist jetzt so ähnlich wie „schlagen Sie Ihre Frau noch“. – Nein, darum geht es überhaupt gar nicht. Es geht darum, dass wir die richtigen Anreize doch miteinander setzen müssen in einem solidarischen Miteinander. Ich sage noch einmal, dass diejenigen, die mithelfen könnten bei zwei Millionen offenen Stellen – wir reden ja nicht nur über Fachkräfte, die fehlen; wir reden auch über

Arbeitskräfte, die fehlen in allen Bereichen -, dass in einer solchen Situation und in der wirtschaftlichen Lage, in der wir sind, es auch eine gegenseitige Erwartung ist, dass wer mithelfen kann – ich sage noch mal: mir geht es um Erwerbsfähige -, dass wer mithelfen kann, wer mit anpacken kann, auch mit anpackt. Und ja, dann muss man die Anreize richtig setzen. Ich mache nie einem einzelnen einen Vorwurf, sondern da geht es immer darum, welche Anreize wir als Gesellschaft setzen. Die, finde ich – und das haben wir übrigens mit der Bürgergeld-Debatte im letzten und vorletzten Jahr auch gesagt -, die sind im Moment falsch gesetzt.

Grunwald: Die Erhöhung ist ja eine Anpassung an die Inflation. Gestehen Sie das Bürgergeldempfängern nicht zu?

Spahn: Doch, es ist grundsätzlich richtig, nach und nach auch die Leistungen entsprechend anzupassen. Aber das ist jetzt schon ein sehr, sehr großer Schritt zum einen. Und zum zweiten: Für viele, viele Millionen Lohnempfänger und Erwerbstätige ist die Erhöhung nicht entsprechend hoch und in einer Zeit, wo es jetzt wirtschaftlich auch schwieriger wird, ich sage noch einmal, wo wir gleichzeitig Arbeits- und Fachkräftebedarf haben, halte ich das schon für ein falsches Signal. Wenn man das verbinden würde etwa damit, dass man bei den Erwerbsfähigen, bei denjenigen, die Arbeit annehmen könnten, weil sie auch entsprechend fit sind, das mit Konsequenzen, falls sie was nicht annehmen, verbindet, dann würde das auch wieder ein runderes Bild geben. Ich glaube nur – und das merkt man, wenn man im Land unterwegs ist -, bei dieser Rekordinflation, wir haben so eine Inflation, dass der Durchschnittsverdiener vier, 500 Euro netto an Kaufkraft weniger hat im Monat, da ist richtig was los im Land und da achten die Leute schon sehr genau darauf, ob es sich am Ende noch lohnt, arbeiten zu gehen oder nicht. Das verstehe ich gut und deswegen hätte ich mir gewünscht, dass man überhaupt mal auch andere Signale bekommt von dieser Bundesregierung. Das haben wir auch in Meseberg gesehen. Immer wenn es darum geht, Arbeitsplätze zu unterstützen, Wachstum zu unterstützen, dann passiert nichts bis zu wenig.

Grunwald: Sie spielen darauf an, dass Geringverdiener auch unter der hohen Inflation leiden, unter den gestiegenen Kosten. Aber trotzdem noch einmal: Geringverdiener und Bürgergeldempfänger, warum spielen Sie diese Gruppen gegeneinander aus?

Spahn: Frau Grunwald, das tun Sie jetzt gerade durch die Frage. Das tue ich überhaupt gar nicht. Ich beschreibe nur die Lage, in der wir gerade sind, und die ist übrigens anders als vor ein oder zwei Jahren. Der Wohlstand im Land ist gefährdet. Wir haben Unternehmen, die sich gegen Deutschland als Standort entscheiden. Wir haben Arbeits- und Fachkräftemangel. Wir haben noch hunderttausende offene Stellen. Wir bräuchten Impulse für mehr Arbeit, einen Pakt für Arbeit, dass Leistung sich lohnt, dass wer mit anpackt am Ende mehr hat als jemand, der nicht mit anpacken will, aus welchem Grund auch immer. Ich sage noch mal: Mir geht es um die Erwerbsfähigen, nicht um diejenigen, die aus Erkrankungsgründen nicht kommen. Deswegen, ja, ist das eine Debatte darüber, mit welchem Geist, mit welcher Herangehensweise wir hier gerade Wirtschafts-, Sozial-, Arbeitspolitik machen. Wenn diese Koalition glaubt, sie könnte mitten in der Rezession in diesen 20er-Jahren, die sehr, sehr anstrengend werden, wo wir gerade als Deutschland darum kämpfen, welchen Platz wir eigentlich wirtschaftlich in der Welt noch einnehmen, ob wir eine starke Exportnation bleiben, wenn diese Koalition glaubt, sie könnte einfach so weitermachen, als wäre nichts, dann wird Deutschland noch in große Probleme kommen.

Grunwald: Welchen Anreiz würden Sie denn setzen, damit mehr Leute wieder in Arbeit kommen? Erhöhung des Bürgergeldes oder auch das Angebot zur Fort- und Weiterbildung des Bürgergeldes, da sagen Sie, das kann ja nicht der einzige Weg sein, es müssen andere Anreize sein. Welche?

Spahn: Zuerst einmal braucht es Wachstum, damit auch weiterhin Arbeitsplätze in Deutschland bleiben. Ich würde mich freuen, Frau Grunwald, wenn wir auch über den Teil bei Gelegenheit noch reden, ist eigentlich das eine Politik gerade, die auf Wachstum setzt, die Unternehmen den Standort Deutschland attraktiv macht. Wir haben hohe Energiekosten, wir haben Unternehmenssteuern, die nicht wettbewerbsfähig sind, wir haben zu viel Bürokratie. Gleichzeitig würde ich beim Arbeitsmarkt, ich sage es noch einmal, mir eine Logik wünschen, die sagt, dass wer arbeiten kann, wer erwerbsfähig ist, wer 25, 24, 28 Jahre alt ist, fit ist und dann Angebote nicht annimmt, dass dann, ja, es spürbare Konsequenzen gibt. Das ist auch eine Form von Respekt in einer Gesellschaft.

Grunwald: Aber die gibt es ja durchaus auch im jetzigen Bürgergeldsystem. – Kommen wir zu dem Punkt, den Sie angesprochen haben. Sie wünschen sich, dass die schwächelnde Wirtschaft in Deutschland angekurbelt wird. Das Wachstumschancengesetz der Bundesregierung soll das leisten.

Die Union hat schon gesagt, nein, das reicht bei weitem nicht. Was ist der Vorschlag der Union? Wo würden Sie jetzt ansetzen, was über das Wachstumschancengesetz hinausgeht?

Spahn: Wir schlagen vor und wollen das auch im Bundestag jetzt im September zur Abstimmung bringen, die Stromsteuer sofort für alle zu senken. Die Energiekosten sind mit einer der Hauptstandortnachteile aktuell für unsere Unternehmen. Die Stromsteuer ist 40mal, 41mal, genau genommen, so hoch, wie sie sein müsste, und die würde alle entlasten, eine solche Senkung, Mittelstand, Handwerk, Bäckereien und die Industrie. Stromsteuer runter!

Ein zweites Thema, das wir schnell angehen könnten, wäre Netzentgelte runter - auch das würde die Energiekosten senken -, das, was wir bezahlen für die Stromnetze.

Ein drittes Thema wäre eine wirtschaftspolitische Wende hin bei den Unternehmenssteuern oder bei Abschreibungen, die deutlichmachen, wer in Deutschland investiert, in Wohnungsbau, in Klimatechnologie, in Produktivitätssteigerung, der kann das auch schneller bei der Steuer abschreiben. Das würde Impulse setzen für mehr Investitionen in Deutschland.

Grunwald: Herr Spahn, bleiben wir bei dem Punkt, der gerade in der Debatte auch besonders umstritten ist, und dem Punkt, der bei der Klausur in Meseberg ausgespart wurde: der subventionierte Industriestrompreis. Sie sagten gerade, Energiekosten müssen runter. Sie wollen aber an den staatlichen Teil des Strompreises ran. Den könnte man auf ein Mindestmaß absenken. Das sagt die CDU. Gleichzeitig gibt es aber doch auch Stimmen innerhalb der CDU, der Ministerpräsident im Industrieland NRW zum Beispiel, Herr Wüst. Der ist für einen subventionierten Industriestrompreis für energieintensive Unternehmen. Was denn nun? Was ist denn jetzt die eine Stimme der Union?

Spahn: Die eine Stimme – ich habe gestern noch mit Ministerpräsident Hendrik Wüst auch darüber gesprochen, wir sind ja im ständigen Austausch miteinander – ist, dass wir den gleichen Ausgang haben, und zwar einen Dreiklang. Das Angebot muss ausgeweitet werden von den drei Kernkraftwerken, die wieder ans Netz können, dem Ausbau der Erneuerbaren, Gaskraftwerke, die gebaut werden müssen, mehr Angebot senkt den Preis.

Zweiter Teil: Stromsteuer runter für alle. Da hat auch Mittelstand und Handwerk was davon.

Dann kann man für die energieintensive Industrie im Rahmen einer Industriestrategie auch einen Brückenstrompreis aus unserer Sicht diskutieren. Da erwarte ich aber von der Bundesregierung auch mal ein durchgerechnetes Konzept. Die SPD sagt fünf Cent, der Wirtschaftsminister sagt sechs Cent, der Finanzminister sagt gar nichts. Es wäre gut, wenn wir von der Bundesregierung nicht weiterhin jeden Tag Streit hätten in dieser Frage, sondern mal über ein durchgerechnetes Konzept reden könnten.

Grunwald: Aber das heißt, Herr Spahn, man müsste deutlich mehr Geld in die Hand nehmen, wenn man das macht, was Sie sagen. Der subventionierte Industriestrompreis für einige energieintensive Unternehmen plus runter mit der Stromsteuer für alle, da müsste man deutlich mehr Geld in die Hand nehmen. Das haben wir ja nicht wirklich in Zeiten knapper Haushaltsmittel.

Spahn: Ja! Aber wir müssen auch darüber reden, was ist jetzt eigentlich der faire Angang. Der erste faire Schritt ist doch, für alle, die unternehmerisch tätig sind, für alle Unternehmen, egal wie groß, die Energiekosten runterzubringen. Das ganze grüne Projekt basiert doch darauf, dass alle mehr Strom nutzen sollen. Wärmepumpen, Elektroautos, überall geht es um Strom. Und wer will, dass Menschen diesen Weg mitgehen, der muss die Strompreise für alle runterbringen. Stromsteuer weg!

Äußerungen unserer Gesprächspartner geben deren eigene Auffassungen wieder. Der Deutschlandfunk macht sich Äußerungen seiner Gesprächspartner in Interviews und Diskussionen nicht zu eigen.